

Rat hebt Beschluss zur Nord-Umgehung auf

Grasleben wird weiter auf eine Entlastung des innerörtlichen Straßenverkehrs warten müssen.

Von Markus Brich

Grasleben. Die Planungen für eine Umgehungsstraße für Grasleben sind gestoppt: Erwartungsgemäß hat die Gruppe SPD, Freies Wählerbündnis und Bürgerliste am Montagabend in der Sitzung des Gemeinderates Grasleben mit ihrer Stimmenmehrheit den Beschluss zum Bau einer Nord-Umgehung aufgehoben. In namentlicher Abstimmung setzte sie sich mit sieben zu fünf Stimmen gegen die CDU/FDP-Gruppe durch. Rund 20 Bürger verfolgten die finale Entscheidung im Schützenhaus.

Mit der Aufhebung des Ratsbeschlusses zum Bau der Nordumgehung entfällt für den Landkreis Helmstedt die Grundlage, Finanzmittel für die Planung einer Umgehung durch eine direkte Anbindung der Kreisstraße 50 von Heidwinkel aus an die Magdeburger Straße bereitzustellen. Damit wird die innerörtliche Verkehrsbelastung in Grasleben zunächst unverändert fortbestehen.

Anfangs mit sachlichen Argumenten, im weiteren Verlauf der Diskussion aber auch mit bisweilen fragwürdig-emotional bis hin zu polemisch geführten Begründungen verteidigten Ratsmitglieder beider Gruppen noch einmal vehement ihre Positionen. Neue Fakten zur Sachlage wurden am Montagabend nicht vorgebracht, es blieb bei den bereits im Bauausschuss im Februar (wir berichteten) ausführlich vorgetragenen und interpretier-



Am Verkehr in Grasleben wird sich vorerst nichts ändern. Der Beschluss zur Planung einer Nord-Umgehung ist aufgehoben worden.

FOTO: PRIVAT

ten Bewertungen der Sinnhaftigkeit und Realisierungschance einer Nord- beziehungsweise Südvariante einer Umgehung. Eine von Gemeindedirektor Gero Janze noch als Tischvorlage zur Kenntnis gegebene Stellungnahme der Ministerin für Infrastruktur und Digitales in Sachsen-Anhalt, Dr. Lydia Hüskens, vermochte die Standpunkte ebenso wenig zu ändern wie die in Schriftform übermittelte Aufforderung des Marientaler Bürgermeisters Martin Klein, an der Nord-Umgehung festzuhalten.

In ihrer Stellungnahme erklärt die Verkehrsministerin des Nachbarlandes, dass in Sachsen-Anhalt derzeit zwei Landespläne existieren, die bei der Entscheidung zum Neubau von Landesstraßen zu beachten sind. In beiden sei eine neue Ortsumgehung für das benachbarte Weferlingen unabhängig von einzel-

nen Varianten nicht enthalten.

„Insofern wird derzeit eine weitere Verfolgung der Ortsumgehungsplanung von der Straßenbauverwaltung nicht aktiv betrieben“, heißt es in dem Schreiben. In der Koalitionsvereinbarung der Landesregierung Sachsen-Anhalts sei in Bezug auf den Straßenbau zudem der Grundsatz „Erhalt vor Neubau“ besonders verankert und zu beachten. Es bleibe daher abzuwarten, wie in der vorgesehenen Fortschreibung der beiden Landespläne Neubauvorhaben im Zuge der Landesstraßen ihren Niederschlag finden werden: „Insofern ist eine abschließende Aussage zur weiteren Verfolgung einer Ortsumgehung Weferlingen und deren denkbarer Varianten noch nicht möglich.“ Für die Gruppe CDU/FDP machte Veronika Koch noch einmal deutlich, dass die Nord-Umgehung zwar keine optimale Lö-

KOMMENTAR Von Markus Brich

Demokratie



Es gehört zur Demokratie, dass in der Politik neue Mehrheiten neue Richtungen vorgeben und durchsetzen. Dass die Gruppe SPD, Freies Wählerbündnis und Bürgerliste den Beschluss zum Bau einer Nord-Umgehung für Grasleben aufgehoben hat, ist in sofern legitim, zumal es sich um ein zentrales Wahlkampfthema gehandelt hat. Doch zugleich lastet sich die neue Mehrheit im Gemeinderat damit eine große Bringschuld auf. Denn am Ende erwarten die Bürger keine Verhinderungspolitik, sondern Problemlösungen.

Eine Südvariante wird sich nicht ohne die Mitwirkung der Länder

sung sei, aber die einzig greifbare: „Alles was auf dem Tisch liegt, widerspricht der Chance auf den Bau einer Süd-Umgehung.“ Zudem kritisierte sie das Tempo, mit der die neue Ratsmehrheit den Beschluss kippe und vermisste von ihr einen Antrag für eine Alternativ-Lösung. „Wir haben offenkundig in unserem Wahlprogramm gesagt, dass wir eine Südvariante favorisieren“, entgegnete Axel Storm, „und um dies schnell umsetzen zu können, muss dieser Ratsbeschluss aufgehoben werden.“ Nach seiner Lesart, so bekräftigte er, stelle die von Andreas Boehle, Planungsleiter der Landes-

Niedersachsen und Sachsen-Anhalt realisieren lassen – und deren klarer Wille ist bislang nicht zu erkennen.

Der Kampf für die Südvariante als bestmögliche Lösung zur Reduzierung der Verkehrsbelastung im Ort und damit für mehr Sicherheit für die Menschen droht sich damit schon jetzt im Dschungel neuerlicher Gutachten und Planverfahren zu verfangen.

Sollten die Einwohner Graslebens diesen langen Atem nicht haben und die neue Ratsmehrheit nicht liefern, könnte es für sie, auch das ist Teil von Demokratie, schwer werden.

straßenbaubehörde in Magdeburg, erstellte Kosten-Nutzen-Analyse zur Südvariante „ein positives Ergebnis“ dar. Für Storm sei damit die Realisierung einer Südvariante „nicht ausgeschlossen“.

Das Festhalten am Neubau einer Landesstraße als mögliche Südvariante bezeichnete Gemeindedirektor Janze dagegen als „illusorisch“ – sowohl vor dem Hintergrund der Stellungnahme des Verkehrsministeriums Sachsen-Anhalt als auch dem niedersächsischen Straßenbauplanungen. „Seit den 80er Jahren wurden keine neuen Landesstraßen mehr gebaut.“